

Motion Fraktion GB/JA! (Leena Schmitter, GB/Lea Bill, JA!): Cannabis Social Clubs auch in Bern!

Am 14. November 2013 hiess der Stadtrat den dritten Vorstoss innerhalb von sieben Jahren zur Durchführung eines Pilotversuchs zum kontrollierten Verkauf von Cannabis in der Stadt Bern gut. Trotz dieser positiven Haltung des Stadtrates ist die Stadt Bern noch meilenweit von einem Pilotversuch entfernt. Seit Jahren wehrt sich der Gemeinderat vehement dagegen, in diesem Thema aktiv zu werden.

Auch die Parlamente in Zürich und Basel-Stadt befassen sich seit längerem mit der Möglichkeit eines kontrollierten Verkaufs von Cannabis. Ein Rechtsgutachten, das eine gemeinsame Arbeitsgruppe beider Städte in Auftrag gegeben hatte, kommt zum Schluss, dass ein wissenschaftlich begleiteter, nationaler Pilotversuch in mehreren Städten besser abgestützt wäre, als ein Pilotprojekt mit gerade nur zwei Städten – denn damit ein Pilotprojekt überhaupt starten könnte, müsste auf eidgenössischer Ebene eine Ausnahmegewilligung eingeholt werden. Nun bietet sich für die Stadt Bern eine Möglichkeit, sich endlich konkret in die laufenden Diskussionen und Projekte einzubringen: Eine grossräumliche Arbeitsgruppe der Parteien FDP, CVP, SVP, SP, Grüne und MCG in der Stadt Genf möchte den Anbau, Handel und Konsum von Cannabis im Rahmen eines Pilotprojektes während dreier Jahre legalisieren: Konkret soll der Cannabis-Konsum innerhalb so genannter „Cannabis Social Clubs“ freigegeben werden. Bei diesem Modell, das in Frankreich 2009 und in Spanien 2002 eingeführt wurde, organisieren sich die KonsumentInnen in nichtkommerziellen Vereinen und zahlen einen Mitgliederbeitrag, der sich an ihrem Konsum misst, der sich um rund zwei Gramm pro Tag bewegen darf. Konsumiert werden kann Cannabis in den Vereinslokalen oder bei den Vereinsmitgliedern zu Hause. Die Arbeitsgruppe sieht im Modell den Vorteil, dass die Qualität der Ware und der THC-Gehalt kontrolliert werden kann. Ausserdem wird der Cannabis-Markt vom Drogenhandel auf dem Schwarzmarkt getrennt. Gemäss Medienberichten strebt die Genfer Arbeitsgruppe bei diesem dreijährigen Pilotversuch eine Zusammenarbeit mit anderen grossen Schweizer Städten an, genannt werden konkret die Städte Basel und Zürich.

Die Unterzeichnenden fordern den Gemeinderat auf,

1. mit der Stadt Genf in Kontakt zu treten und sein Interesse zu bekunden, nebst den Städten Basel und Zürich an einem solchen Pilotprojekt zu „Cannabis Social Clubs“ teilzunehmen.
2. sich mit den anderen Städten dafür stark zu machen, dass ein solches Pilotprojekt überhaupt in die Tat umgesetzt wird und dies in nützlicher Frist.
3. den Stadtrat mittels eines Zwischen- und eines Enderichts über die getroffenen Massnahmen und Auswirkungen zu informieren.

Bern, 12. Dezember 2013

Erstunterzeichnende: Leena Schmitter, Lea Bill

Mitunterzeichnende: Stéphanie Penher, Franziska Grossenbacher, Esther Oester, Mess Barry, Regula Tschanz, Sabine Baumgartner, Luzius Theiler

Antwort des Gemeinderats

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden

Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidungsverantwortung beim Gemeinderat.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die Entkriminalisierung des Konsums und die Regulierung des Verkaufs von Cannabisprodukten die Prävention und Kontrolle im Umgang mit Cannabis verbessern.

Die Durchführung eines Pilotversuchs zum kontrollierten Cannabisverkauf wurde vom Gemeinderat mehrmals, letztmals 2012, geprüft. Aufgrund der engen juristischen Grenzen sah der Gemeinderat bisher keine Möglichkeit, einen realitätsnahen Pilotversuch durchzuführen, der sich an gesunde Konsumentinnen und Konsumenten, die Cannabis als Genussmittel konsumieren, gerichtet hätte. Entsprechend war der Gemeinderat an den Abklärungen seitens Zürich und Basel interessiert. Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport stand mit den zuständigen Stellen in regelmässigem Austausch. Nach Abschluss der Abklärungen hielt auch der Zürcher Stadtrat in seiner Antwort auf das Postulat betreffend Pilotversuch für den kontrollierten Verkauf von Cannabis vom 26. September 2012 fest, dass „ein Pilotversuch mit einem kontrollierten Verkauf von Cannabis zum rekreativen bzw. genussorientierten Konsum [...] unter den bestehenden rechtlichen und bewilligungstechnischen Bedingungen nicht realisierbar“ ist.¹

Eine überparteiliche Arbeitsgruppe von Grossrätinnen und Grossräten aus Genf bringt in ihrem Bericht „Pour plus de sécurité dans la ville“ nun ein neues Modell in die Diskussion ein. Die Arbeitsgruppe schlägt vor, in Genf und weiteren Schweizer Städten, insbesondere Zürich und Basel, ein Pilotprojekt mit „Cannabis Social Clubs“ durchzuführen. Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport nahm nach der Präsentation des Berichts in den Medien mit dem Leiter der Arbeitsgruppe, Herrn Professor Sandro Cattacin, Kontakt auf. Sie regte an, die Stadt Bern in die beabsichtigte Zusammenarbeit mit den Städten Zürich und Basel miteinzubeziehen. Dieser Einbezug der Stadt Bern in die Projektarbeiten ist bereits erfolgt.

Zu Punkt 1 und 2:

Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport schickte im Dezember 2013 ein Schreiben an Herrn Professor Sandro Cattacin, Leiter der überparteilichen Arbeitsgruppe, und meldete Interesse für eine Zusammenarbeit mit den Städten Genf, Zürich und Basel an. Anfangs Februar 2014 erfolgte ein erstes Treffen zwischen Vertreterinnen und Vertretern der vier Städte. Weitere Treffen sind geplant, um die nötigen Abklärungen für eine Realisierung vorzunehmen. Dazu gehören nebst der Klärung der gesetzlichen Voraussetzungen auch die Klärung von Fragen betreffend Kontrolle und Umsetzung des Jugendschutzes. Aus Sicht des Gemeinderats ist eine enge und koordinierte Zusammenarbeit unter den Städten zentral, damit die Diskussion rund um die Cannabisregulierung wirkungsvoll vorangetrieben werden kann. Ob ein solcher Pilot in Bern gestartet werden kann, hängt allerdings einerseits von der Teilnahme anderer Schweizer Städte und andererseits von der Bewilligung des Projekts durch den Bund ab.

Zu Punkt 3:

Der Gemeinderat informiert im Rahmen des Jahresberichts Sucht, der jeweils im Frühjahr dem Stadtrat unterbreitet wird, über den Stand der Projektarbeiten, die getroffenen Massnahmen und Auswirkungen.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Das Pilotprojekt steht noch ganz am Anfang. Angaben über Inhalt, Umfang, Zeitrahmen und Finanzierung können zum jetzigen Zeitpunkt nicht gemacht werden. Es ist jedoch davon auszugehen,

¹ aus: Auszug aus dem Protokoll des Stadtrats von Zürich vom 26.9.2012 zum Postulat von Bastien Girod und Matthias Probst betreffend Cannabis, Pilotversuch kontrollierten Verkauf; Bericht und Abschreibung

dass - sollte ein Pilotprojekt realisiert werden können - sowohl für die Vorarbeiten als auch für die tatsächliche Umsetzung mit finanziellen und personellen Konsequenzen zu rechnen ist.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 30. April 2014

Der Gemeinderat